

Podiumsdiskussion
zur Situation der Flüchtlinge und Asylsuchenden
insbesondere in Lüneburg

am 14.04.2015

in der BBS II / Georg-Sonnin-Schule

in Lüneburg

„Sinken in der Nachbarschaft von Asylantenunterkünften die Grundstückswerte?“, „Gibt es in Lüneburg keine *Pegida*, weil die Integration von Asylsuchenden so gut gelungen ist?“ solche und andere Fragen haben Schülerinnen und Schüler der Berufsschulen in Lüneburg mit Vertreter/innen von Parteien und der Willkommensinitiative Lüneburg diskutiert.

Die Podiumsdiskussion wurde von Schüler/innen des Religionskurses des beruflichen Gymnasiums Technik 13. Jg. und Berufsschulpastorin Silke Ideker organisiert. Im Rahmen des Kursprojektes **„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“** diskutierten Hiltrud Lotze (SPD), Niels Webersinn (CDU), Antje Adam-Meyer (Grüne), David Amri (Die Linke) und Birger Rietz (Willkommensinitiative Lüne-



burg) mit Schüler/innen der BBS. Sechs Klassen aus dem beruflichen Gymnasium, der Fachoberschule und der Berufsfachschule der BBS III und Georg-Sonnin-Schule füllten den Raum.

Dass in Lüneburg *Pegida* oder andere fremdenfeindliche Organisationen nicht Fuß gefasst haben, sollte uns nicht beruhigen. Es gibt Ängste in der Bevölkerung angesichts der vielen Asylsuchenden, die aufgenommen werden und auch noch zu erwarten sind. Es darf aber auch nicht übersehen werden, dass „die, die Angst haben, in erster Linie die Flüchtlinge sind“, gab Niels Webersinn (CDU) zu bedenken.

In Lüneburg gibt es ein breites Bündnis aus Initiativen, Verbänden, Institutionen, und Parteien, die sich in vielen Projekten für ein gutes Willkommensklima und die Integration von Asylsuchenden engagieren. Dieses Engagement von Ehrenamtlichen sei ein großer Schatz, so die einhellige Meinung auf dem Podium.

„Dreh- und Angelpunkt bei allen Projekten ist das persönliche Kennenlernen von Mensch zu Mensch in Deutsch-Kursen, in der Begleitung bei Behördengängen, beim Gärtnern und Fahrradreparieren. Wer schon einmal einen Asylsuchenden zum Amt begleitet hat und dort mit ihm lange gewartet und den behördlichen Aufwand kennengelernt hat, der hat Zeit etwas voneinander zu erfahren und die Situation des anderen zu verstehen“, beschreibt Birger Rietz von der Willkommensinitiative. Auf diese Weise können am besten Vorurteile abgebaut und Verständnis für die jeweils andere Kultur und Lebenssituation geschaffen werden.

„Asylrecht ist ein Menschenrecht und muss gewahrt werden“, mahnte Frau Adam-Meyer (Grüne). Dennoch muss noch viel passieren: es müssen weitere Standorte gefunden werden für Flüchtlingsunterkünfte. Dass hierfür in den Stadtteilen geworben werden und Verständnis bei den Anwohnern gewonnen werden muss, ist wichtig. „In der Nähe von Flüchtlingsunterkünften fallen die Grundstückswerte nicht – das ist ein Hirngespinnst“, sagte David Amri (Die Linke), „es wird aber zur Realität, wenn alle daran glauben.“ Ebenso wenig stimmt es, dass durch Flüchtlingsunterkünfte die Kriminalitätsrate steige. Das beweisen regelmäßige statistische Erhebungen der Polizei.



Mehr Geld für Integrationskonzepte sind vom Bundestag in Berlin schon in den Etat gestellt worden, wusste Frau Lotze (SPD) zu berichten. Eine Änderung des Asylgesetzes steht hingegen noch aus. Insbesondere die bestehende Vorrangauswahl bei der Besetzung von Arbeitsplätzen macht es Asylbewerbern aus dem außereuropäischen Ausland schwer Arbeit zu finden. Selbst wer arbeiten will, steht bei der

Vermittlung von Arbeitsplätzen an letzter Stelle. Dass die beruflichen und akademischen Abschlüsse von Asylsuchenden in Deutschland nicht anerkannt werden, bildet ein zusätzliches Problem – nicht nur für die Arbeitswilligen, sondern auch für den Arbeitsmarkt mit seinem Arbeitskräftemangel. Viele Kompetenzen und Qualifikationen der Asylbewerber können nicht genutzt werden. Die Handwerkskammer in Lüneburg, die den Arbeitskräftemangel spürt, hat hier bereits ihre Unterstützung angeboten.

Kritisch wurden von Schülern die eingeschränkten Rechte der Asylsuchenden angemerkt: Obwohl Asylsuchende mittlerweile über Bundesländergrenzen hinweg Familienangehörige und Freunde besuchen können, unterliegen Flüchtlinge immer noch Sondergesetzen. Das wirkt sich insbesondere auf die Rechtsmittelfristen aus, die kürzer sind. „Da wartet jemand monatelang auf einen Bescheid und wenn er dann endlich kommt, hat er nur ein bis zwei Wochen Zeit Widerspruch einzulegen. Das ist eine Frist, in der es manchmal nicht einmal einem Deutschsprachigen, der sich mit solchen Verfahren auskennt, gelingt, Widerspruch einzulegen“, erklärte Birger Rietz die Situation. Viele setzen sich jedoch dafür ein, dass solche und andere Sonderzustände aufgehoben werden. Die Wohnsitzauflage wird jedoch aus organisatorischen Gründen bestehen bleiben, da jeder in einer Gemeinde gemeldete Asylsuchende auch von dieser Gemeinde seine Unterstützung und Leistung bekommt. Um es hier zwischen den Gemeinden nicht zu einem Ungleichgewicht kommen zu lassen, ist die Wohnsitzauflage notwendig.

Eine besondere Aufgabe für die Politik ist die Verbesserung des Dublin-Abkommens. Dadurch können Flüchtlinge z.B. aus Deutschland wieder in die Länder abgeschoben werden, in denen sie den Boden Europas betreten haben. In diesen Ländern herrschen für die Flüchtlinge oft menschenunwürdige Zustände. Dieses Problem, sowie der Wunsch, dass in den Herkunftsländern der Flüchtlinge politische und gesellschaftliche Lebenssituationen geschaffen werden, die eine Flucht gar nicht notwendig machen, ist sehr komplex und betrifft nicht nur die politischen Beziehungen und Handelsbeziehungen der Europastaaten, sondern aller betroffenen Länder. Das wurde den Schüler/innen deutlich gemacht.

Zum Abschluss rief Hiltrud Lotze (SPD) alle Anwesenden auf: „Bei der Flüchtlingspolitik geht es um unsere Demokratie. Integration ist eine Aufgabe, die nicht abgeschlossen werden kann. Es ist nicht nur eine dauerhafte Aufgabe für die Politik, sondern für die Gesellschaft im Alltag. Es geht um Respekt allen Menschen gegenüber – in der Warteschlange im Supermarkt, auf der Straße, in der Nachbarschaft und auf dem Schulhof. Es geht um Achtung der Würde eines jeden Menschen unabhängig von Aussehen, Herkunft und Religion. Dafür müssen sich alle einsetzen – das ist Demokratie.“

Silke Ideker, Lüneburg, 20.04.2015